

Behauptungen und Fakten in der aktuellen "Corona-Diskussion":

Politik und Verwaltung haben versagt	Mit dem Wissen der Gegenwart lassen sich Entscheidungen der Vergangenheit sehr einfach kritisieren. Für die Bewältigung dieser Krise stand kein Regiebuch zur Verfügung. Alle Beteiligten arbeiten seit Beginn dieser Krise mit allen Kräften an der Bewältigung dieser Krise. Dabei stand und steht der Schutz der Gesundheit und des Lebens an erster Stelle. Die Einschränkung des öffentlichen sowie wirtschaftlichen Lebens und die damit verbundenen Einschränkung der Grundrechte waren und sind nach wie vor hart, aber unvermeidlich.
Deutschland hat zu wenig Impfstoff bestellt	Deutschland ist keine Insel und verfügt über neun Landesgrenzen zu seinen europäischen Nachbarn. Zudem lebt Deutschland vom freien Personen- und Warenverkehr. Insofern hat sich Deutschland - wie alle anderen EU-Länder - ganz bewusst für eine gemeinsame Impfstoffbestellung entschieden, weil wir nur gemeinsam aus der Pandemie herauskommen. Die Bestellung der Impfstoffe erfolgte im Sommer 2020 als noch gar nicht klar war, welcher der neun potenziellen Impfstoffe überhaupt die Marktreife erreicht. Eine vollabdeckende Bestellung bei jedem potenziellen Produzenten (9 x 450 Mio. x 2 Dosen, also mehr als acht Milliarden Dosen!) wäre unrealistisch gewesen.
Andere Länder haben mehr Impfstoff und impfen schneller	Deutschland liegt zwar nicht an der Spitze der Impfquoten-Tabelle, sondern auf der gleichen Position wie alle anderen EU-Länder. Richtig ist, dass die USA, Großbritannien und Israel deutlich größere Anteile der Bevölkerung geimpft haben. Richtig ist aber auch, dass andere hoch entwickelte Länder vor kurzer Zeit erst mit dem Impfen begonnen haben (z.B. Australien) oder weit hinter Deutschland liegen.
USA, Großbritannien und Israel haben mehr Impfstoff	Diese Aussage stimmt. Allerdings haben die USA ein Impfstoffexportverbot verhängt (America first). Großbritannien hat alles auf eine Karte gesetzt und bereits vor der Zulassung seinen eigenen Impfstoff verimpft. Israel hat eine Vereinbarung zur vollständigen Datenübertragung aller persönlich-medizinischen Daten seiner Bürger an den Impfstoffhersteller mit Biontech geschlossen. Aufgrund des Datenschutzes und der Vielzahl der datenverwaltenden Krankenkassen war dies in Deutschland nicht möglich.

<p>China oder Südkorea haben größere Erfolge</p>	<p>Die Volksrepublik China ist eine Diktatur, die infizierte Menschen weg gesperrt lässt und ihnen grundlegende Freiheiten entzieht. Südkorea überwacht seine Bürger nach Einreise oder in der Quarantäne lückenlos mit einer Corona-App. Von Anfang an tragen geschätzt 99 Prozent der Menschen mit FFP2 vergleichbare Masken. Dahinter stehen Verantwortungsgefühl und Vorerfahrungen mit Epidemien wie SARS und MERS. Außerdem werden bei Gastronomiebesuchen Namen und Telefonnummern erfasst. Die meisten scannen dazu einen QR-Code in einer der zertifizierten Apps auf dem Smartphone, die man auch zum Zahlen oder Chatten nutzt. Tritt eine Infektion auf, gehen diese Daten zur Kontaktverfolgung an die Gesundheitsbehörden, die Korea Disease Control and Prevention Agency (KDCA), sonst werden sie gelöscht. Darüber hinaus erfasst die KDCA die Daten von dem fast flächendeckend genutzten bargeldlosen Zahlungsverkehr, einem der weltweit engsten Mobilfunknetze und von den über acht Millionen Überwachungskameras im Land, um die persönlichen Auskünfte von Infizierten zu ergänzen. Infektionswege werden so in mehr als vier von fünf Fällen geklärt und die Veröffentlichung von anonymisierten Warnhinweisen und deren Versand auf alle Handys in betroffenen Stadtvierteln ermöglicht. Solche Regelungen sind mit unserem Datenschutzrecht keinesfalls vereinbar.</p>
<p>Wirtschaftshilfen fließen nicht</p>	<p>Olaf Scholz und Peter Altmaier haben die gemeinsame Verantwortung für die Kriterien bei der Gewährung von Hilfszahlungen. Die schleppende Programmierung lag in erster Linie an immer neuen Forderungen des Bundesfinanzministeriums. Die Bearbeitung der Anträge sowie die operative Auszahlung der Hilfen obliegt den Ländern und deren beauftragten Instanzen. So erfolgt die Antragsprüfung in NRW durch die Mitarbeiter der Bezirksregierungen.</p>
<p>Es herrscht Chaos bei der Impftermin-Vergabe</p>	<p>Die operative Umsetzung des Impfens erfolgt durch die Länder. So hat jedes Bundesland u.a. die Impfterminvergabe eigenständig organisiert. In NRW wurde diese Aufgabe der Kassenärztlichen Vereinigung übertragen.</p>

<p>Arztpraxen müssen sofort in das Impfen eingebunden werden</p>	<p>Die aktuell gelieferte Impfstoffmenge lastet derzeit nicht einmal die Impfzentren vollständig aus. Eine Einbindung der 75.000 niedergelassenen Arztpraxen in Deutschland ist daher erst sinnvoll, wenn ausreichend Impfstoff vorhanden ist. Allein im April werden mit 15 Mio. Impfdosen mehr Impfstoffe nach Deutschland geliefert als in den vorhergegangenen vier Monaten zusammen. Insofern kann nach Ostern mit dem dezentralen Impfen in den Praxen begonnen werden.</p>
<p>Die Bundesregierung bzw. die CDU verantwortet alleine die getroffenen Maßnahmen</p>	<p>Alle Bundesländer sind über die Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) und der Bundesrat an den Entscheidungen zu den gegenwärtigen Maßnahmen beteiligt. Alle Maßnahmen sind unter Beteiligung aller demokratischer Parteien und der LINKE verabschiedet worden. Zudem ist auch unser Koalitionspartner SPD ein Teil der Bundesregierung. Mit dem Finger nur auf die CDU zu zeigen, ist falsch!</p>
<p>Entscheidungen werden mittlerweile nur noch aus parteipolitischem Interesse getroffen</p>	<p>Die gegenwärtige Pandemie stellt unser Land vor die größte Herausforderung seit dem zweiten Weltkrieg. Dass nun einige Parteien im Hinblick auf die bevorstehende Bundestagswahl im September politisches Kapital aus der Krise ziehen wollen, kritisiere ich massiv! Es ist der absolut falsche Weg auf Grundlage eines tödlichen Virus, Wahlkampf zu betreiben.</p>